

**Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
Einkommensteuergesetz 1988 und das Allgemeine  
Sozialversicherungsgesetz geändert werden (Steuerreformgesetz 2009)**  
19/ME XXIV. GP

Die Stellungnahme beschränkt sich auf die Begutachtung der geplanten steuerlichen Absetzbarkeit von Zuwendungen (Spenden) für mildtätige Zwecke. Dieses Vorhaben ist als wichtige Anerkennung humanitären Engagements grundsätzlich zu befürworten, wobei im Detail noch folgende Klarstellungen und Verbesserungen erfolgen sollten:

**- Begünstigte Zwecke**

Für jene Organisationen, deren für die Gesellschaft überaus wichtigen Tätigkeiten durch die geplante Absetzbarkeit von Spenden letztendlich gefördert werden sollen, stellen auch Mitgliedsbeiträge eine wichtige finanzielle Grundlage dar. Mitglieder dieser Organisationen wollen durch die Leistung ihres Mitgliedsbeitrages regelmäßig die Erfüllung der begünstigten Zwecke genauso fördern, wie durch eine sonstige Zuwendung. Es erscheint daher nicht gerechtfertigt, die Leistung eines Mitgliedsbeitrages von der steuerlichen Absetzbarkeit auszunehmen. Um Abgrenzungsschwierigkeiten zu vermeiden, sollte es überdies ausreichen, dass eine Zuwendung an eine eingetragene Körperschaft im Wesentlichen für begünstigte Zwecke verwendet wird.

**- Verwaltungskosten**

Weder aus dem Gesetzestext, noch aus den erläuternden Bemerkungen ergibt sich eindeutig, was unter „im Zusammenhang mit der Verwendung der Spenden stehenden Verwaltungskosten“ zu verstehen ist. Als Abgrenzung ist in den Erläuterungen nur bemerkt, dass „Fundraisingkosten“ nicht davon umfasst sein sollen. Offen bleibt, was genau unter dem Begriff „Fundraisingkosten“ zu verstehen ist und, ob alle sonstigen Verwaltungstätigkeiten, die Voraussetzung für die Möglichkeit, Spenden zu verwenden, sind (also insofern im Zusammenhang mit deren Verwendung stehen), zu berücksichtigen sein sollen.

Unmittelbar mit den vorgeschlagenen Kriterien zur Absetzbarkeit von Spenden wäre ein nicht unbeträchtlicher Verwaltungsaufwand verbunden. Insbesondere müssen Organisationen, die schon bisher ihren Jahresabschluss durch einen Wirtschaftsprüfer prüfen lassen, mit Zusatzkosten von bis zu EUR 5.000,- jährlich für das zur Eintragung in die Liste begünstigter Spendenempfänger erforderliche Testat rechnen. Für Organisationen, die bisher keiner Wirtschaftsprüfung unterlegen sind, wird dies noch deutlich höhere Kosten verursachen. Des Weiteren wird eine automationsunterstützte Verarbeitung von Sozialversicherungsnummern der Spender eine Um- oder Neuprogrammierung von Softwareprogrammen erfordern, deren Kosten noch nicht abzuschätzen sind. Außerdem würde die Erfassung der Sozialversicherungsnummern zusätzlichen Personalaufwand erfordern.

Bereits der für eine Erfüllung der geplanten Kriterien erforderliche Verwaltungsaufwand würde im Regelfall den vorgesehenen Anteil von 10% der Spendeneinnahmen übersteigen. Es wird daher vorgeschlagen, den zulässigen Verwaltungskostenanteil deutlich anzuheben. Außerdem sollte klarer definiert werden, welche Verwaltungskosten relevant sind.

Eine ausreichende Klarstellung fehlt auch zum Begriff Spendeneinnahmen als Bezugsgröße zur Berechnung des zulässigen Verwaltungskostenanteils. Dem Text des Gesetzesentwurfes ist zu entnehmen, dass Spenden Zuwendungen zu begünstigten Zwecken sind (§ 4 Abs. 4 Z 11 EStG). Nach dem Wortlaut wären davon auch Subventionen der öffentlichen Hand zu begünstigten Zwecken zu verstehen. Dieses Verständnis zur Definition der Spendeneinnahmen sollte für die Berechnung des Verwaltungskostenanteiles zumindest in den Erläuterungen einer Regierungsvorlage klar gestellt werden.

**- Eintragung zum Zeitpunkt der Zuwendung**

Die in §§ 4 Abs. 4 Z 11 und 18 Abs. 1 Z 8 EStG enthaltene Voraussetzung für eine Spendenabsetzbarkeit, dass die begünstigte Körperschaft bereits zum Zeitpunkt der Zuwendung in der vom Finanzamt Wien 1/23 zu führenden Liste eingetragen sein muss, dürfte ein Redaktionsversehen sein, da ansonsten die geplante Spendenbegünstigung ab 1.1.2009 nicht möglich wäre.

26. Jänner 2009

Mag. (FH) Wolfgang Hermann

Geschäftsführer

**NEUSTART** – Bewährungshilfe, Konfliktregelung, Soziale Arbeit